

Frankfurter Neue Presse

Dienstag, 25. Juni 2019 Jahrgang 74 · Nr. 144

Tagesanzeiger

D 2637 A · € 2,10

Frankfurter
Neue Presse

REISEN



Silvester auf der Donau

Flussreise mit MS Prinzessin Katharina****
28. Dezember 2019 bis 3. Januar 2020

Reisepreis-Beispiel pro Person
ab 699,- € 2-Bettkabine, B-Deck achtern
Veranstalter: WFT, Rhein-Kurier GmbH

Infos & Buchung: ☎ 069 7501 4959

fnp.de/leserreisen
@leserreisen@fnp.de

GLOSSIERT

Selbstberauschung

Vor kurzem traten die Wellbrüder, die Nachfolger der legendären „Biermösl Bloßn“, bei einer Ausstellungseröffnung zu Ehren des großen Satirikers Hans Traxler im Frankfurter Caricaturmuseum auf. Und sangen von der Eintracht und denen, die wirklich kicken können. Der Hinweis war eindeutig: Der FC Bayern und die ewig unterlegenen Adler – das Pokalfinale zuletzt aufgenommen. Stolz sind die Anwohner südlich des Weißwurst-Äquators auf ihre Stars im Sport. Deutlich wird das auch im neuen Museum für Bayerische Geschichte in Regensburg, dessen Architektur Traxlers Sohn Stefan verantwortet: Elf Trikots des FC Bayern etwa sind dort zu sehen, die über ebenso vielen Lederhosen hängen. Dieses Museum ist eine Architektur gewordene Ode ans Bayerische, eine Selbstberauschung. Und doch könnte man diesen zur Schau gestellten, knapp 90 Millionen Euro teuren Geltungsdrang als Kompensation einer zwar selbstbewussten, doch auch gekränkten Region auffassen. Denn trotz aller Anstrengungen hat sie es nie geschafft, politisch die erste Geige zu spielen. Ob Franz Josef Strauß, ob Edmund Stoiber – beide bayerischen Kanzlerkandidaten scheiterten. Selbst CSU-Vize Manfred Weber, der Kandidat der europäischen Konservativen zum EU-Kommissionschef, wird im Machtgerangel der Staatschefs zerrieben. So steht die gescheiterte PKW-Maut in einer langen Tradition freistaatlicher Misserfolge, die Scheuers neue Klagedrohungen gegen Österreich nur weiter verlängern könnten. Selbst wenn von September an die Bayern die Bundesliga wieder von oben grüßen. *Enrico Santifaller*

HEUTE IM BLATT

Zwei auf einen Streich

SPD sucht als neue Führung möglichst ein Duo – und die Zahl der Bewerber könnte bunter werden als zunächst angenommen. **Seite 3**

Kampf gegen zu hohe Mieten

Erst will Berlin per Mietendeckel einen Erhöhungsstopp für fünf Jahre erzwingen, nun bringt ein Immobilienkonzern sein Konzept ins Spiel. **Seite 4**

Haftstrafe für Irrfahrt

Weil er mit einem Auto auf einen Polizisten zugefahren war, ist ein 45 Jahre alter Mann zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. **Seite 9**

Naturschule verlässt Frankfurt

15 Jahre lang war die Naturschule Hessen auf dem Alten Flugplatz in Bonames daheim. Jetzt verlässt die Umweltinitiative Frankfurt. **Seite 15**

Jazzmusik unter Palmen

Es ist das älteste kontinuierlich durchgeführte Open-Air-Jazzfestival weltweit. Jetzt erlebt Frankfurts „Jazz im Palmengarten“ die 60. Auflage. **Seite 21**

GESICHT DES TAGES

Boris Beckers Pokal unterm Hammer

Insgesamt 82 Gegenstände aus dem Besitz von Tennis-Legende Boris Becker, darunter Pokale und Medaillen, werden in einer etwa zweieinhalbwöchigen Online-Auktion zwangsversteigert. Diese sollte noch gestern Abend starten und soll am 11. Juli enden. *Foto: dpa* **Seite 28**



DIE GUTE MELDUNG

Thai-Fußballer wollen zur Marine

Mae Sai. Nach ihrer dramatischen Rettung aus einer Höhle vor fast einem Jahr wollen zwei der jungen thailändischen Fußballer nun selbst Marinetaucher werden. Die zwölf Jungen und ihr Co-Trainer gaben am Montag in ihrer Heimatstadt Mae Sai erstmals Auskunft. Zwei von ihnen kündigten an, später als Taucher in eine Spezialeinheit der thailändischen Marine gehen zu wollen. Der 15-Jährige Prajak Sutham sagte: „Ich will dem Land etwas zurückgeben.“ *dpa*



So erreichen Sie uns

Abo-Service/Zustellung: Telefon: (0 69) 75 01 44 80
E-Mail: leserservice@fnp.de, www.fnp.de/service

Anzeigen: Telefon: (0 69) 75 91 33 36,
E-Mail: rmm-anzeigen@rheinmainmedia.de

Anschrift: 60327 Frankfurt am Main,
Frankenallee 71-81

Redaktion: Telefon: (0 69) 7 50 10,
E-Mail: redaktion@fnp.de, www.fnp.de



Explosion im Feld

In Limburg ist eine 250-Kilogramm-Weltkriegsbombe in einem Weizenacker detoniert

Weltkriegsbomben werden als Blindgänger bei Bauarbeiten immer wieder entdeckt und müssen entschärft werden, zuletzt auch in Frankfurt. Im Limburg Stadtteil Ahlbach ist nun eine 250 Kilogramm schwere Bombe von allein explodiert, ausgelöst durch einen chemischen Langzeitzünder. Zum Glück wurde niemand verletzt. Die Bombe lag vier Meter tief in einem Weizenfeld in der Nähe der Bundesstraße 54 und verursachte einen Krater mit einem Durchmesser von zehn Metern. Die Explosion ereignete sich am frühen Sonntagmorgen. Die durch den Krach wach gewordenen Anwohner im Limburger Stadtteil Ahlbach konnten das Geräusch allerdings nicht zuordnen. Zunächst dachten viele, es habe ein leichtes Erdbeben gegeben; auch von einem Meteoriteneinschlag war die Rede. Die am späten Nachmittag informierte Polizei verständigte schließlich den Kampfmittelräumdienst des Regierungspräsidiums (RP) Darmstadt, der erst gestern Vormittag „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ die Explosion einer Bombe bestätigte. Statistisch passiert dies nach Angaben des RP nur einmal im Jahr. „Die Gefahr ist geringer, als von einem Blitz erschlagen zu werden“, sagte ein Sprecher der Behörde, die für Gefahrenabwehr zuständig ist. *dick/Foto: dpa*

Seite 8

Union will AfD ächten

Parteien Spitzen von CDU und CSU schließen jegliche Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland aus

Immer wieder gibt es gerade in der ostdeutschen CDU Gedankenspiele einer Öffnung hin zu den Rechtspopulisten von der AfD. Die Parteiführung versucht nun erneut, dem einen Riegel vorzuschieben.

VON JÖRG BLANK

Berlin/München. Die CDU-Spitze will mit aller Härte gegen Koalitionen oder andere Zusammenarbeiten mit der AfD in Ländern und Kommunen vorgehen. „Jeder, der in der CDU für eine Annäherung oder gar Zusammenarbeit mit der AfD plädiert, muss wissen, dass er sich einer Partei annähert, die rechtsextrêmes Gedankengut, Antisemitismus und Rassismus in ihren eigenen Reihen bewusst duldet“, warnte CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak nach Beratungen der Spitzengremien seiner Partei in Berlin. „Die CDU lehnt jede Koalition und ähnliche Formen der Zusammenarbeit mit der AfD ab. Punkt.“

Ähnlich äußerte sich CSU-Chef Markus Söder. Aus seiner Sicht dürfen weder CSU noch CDU jemals mit der AfD zusammenarbeiten: „Das wäre von schwerem Schaden für die gesamt-

te Union“, sagte er nach einer Sitzung des CSU-Vorstands in München. Söder zog eine klare rote Linie für Unionspolitiker im Umgang mit der AfD, selbst „jeder Kaffeepausch in einem Kommunalparlament“ sei abzulehnen. Söder reagierte damit auf Aussagen einzelner CDU-Politiker aus einigen ostdeutschen Bundesländern, die eine Kooperation mit der AfD nicht generell ausschließen wollen.

Mit Ausschluss gedroht

In einer einstimmig verabschiedeten Entschließung der CDU-Spitze zum Tod des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke heißt es, man bekräftige einen entsprechenden Beschluss des Parteitag von Ende 2018 in Hamburg. „Die CDU wird alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, diesen Beschluss durchzusetzen.“ Dies ist als Drohung mit Parteiausschlussverfahren zu verstehen. Ziemiak sagte, für Ausschlüsse aus der Partei seien in erster Linie die Kreisverbände zuständig.

Lübcke war in der Nacht zum 2. Juni auf der Terrasse seines Wohnhauses im hessischen Wolfhagen-Istha nieder-

geschossen worden. Dringend tatverdächtig ist Stephan E., der 45-Jährige sitzt in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft stuft das Verbrechen als rechtsextrêmes Attentat ein.

Ziemiak sagte, eine Koalition oder eine vergleichbare Zusammenarbeit mit der AfD „widerspricht den Grundsätzen der CDU“. Die Partei stehe zu den Grundwerten des christlichen Menschenbildes und sei der Humanität verpflichtet „und natürlich der klaren Abgrenzung (...) ins rechtsradikale und rechtsextrême Milieu“. In der AfD gebe es „eine bewusste Duldung auch dieses Anschlusses bis ins Rechtsradikale“.

CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte in der ARD-Sendung „Anne Will“ angekündigt, sie wolle jedes Mittel prüfen, um eine Zusammenarbeit oder Annäherung an die AfD zu verhindern. Die AfD sei „eine Partei, die zumindest in Teilen oder mit Repräsentanten keine klare Linie zu Rechtsextrémismus und Rechtsradikalen zieht“.

Die AfD-Fraktionschefin im Bundestag, Alice Weidel, sieht bei der CDU dagegen keine klare Linie. „Die

CDU ist momentan – auch nach dieser Aktion von Kramp-Karrenbauer – für uns kein Maßstab. Damit spaltet Kramp-Karrenbauer auch die CDU“, sagte sie.

In ihrer Entschließung gibt die CDU-Spitze der AfD indirekt Mitverantwortung an der Ermordung Lübckes. Die Entfesselung rechtsextrémer Gewalt „bis hin zu Rechtsterrorismus gedeiht in einem Umfeld rechten Hasses und rechter Hetze auch im Internet und in sozialen Medien“, sagte Ziemiak. In dem Papier heißt es: „Führen-

de Repräsentanten der AfD und nicht wenige ihrer Mitglieder beteiligen sich bewusst daran. Sie tragen damit Verantwortung für die gezielte Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas und die Verrohung des politischen Diskurses in unserem Land.“

In der Stadtvertretung der mecklenburgischen 3000-Einwohner-Kleinstadt Penzlin hat die CDU zuletzt eine sogenannte Zählgemeinschaft mit dem einzigen AfD-Vertreter gebildet. Das führte dazu, dass die CDU mehr Sitze in den Ausschüssen bekam.

Stephan E. verwechselt?

Der Tatverdächtige im Mordfall Walter Lübcke hat wohl doch nicht im März an einem Neonazi-Treffen in Sachsen teilgenommen. Behörden in Hessen gehen mittlerweile offenbar von einer Verwechslung aus. Das ARD-Magazin „Monitor“ hatte berichtet, dass Stephan E. an dem Treffen in Mücka (Landkreis Görlitz) teilgenommen habe. Dort soll er zusammen mit Mitgliedern der Neonazigruppen

„Combat 18“ und „Brigade 8“ fotografiert worden sein.

„Monitor“ stütze sich auf Fotos, die das Magazin mit einem Gutachter ausgewertet hat. Doch hat sich inzwischen ein Mann bei den Ermittlern gemeldet, der auf den Fotos mit E. verwechselt werden soll. Eine Teilnahme von Stephan E. an dem Treffen hätte Aussagen des Verfassungsschutzes widersprochen. **Seite 7**

Italien erhält Zuschlag für Winterspiele 2026

Lausanne. Die Modestadt Mailand wird 2026 zur Bühne für die XXV. Olympischen Winterspiele. Dies entschied gestern die Session des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Lausanne. Von den 82 stimmberechtigten IOC-Mitgliedern votierten 47 für Mailand und 34 für Mitbewerber Stockholm, es gab eine Enthaltung. 20 Jahre nach den Spielen in Turin wird das Sportspektakel auf Eis und Schnee nicht nur erneut nach Italien, sondern in eine klassische Wintersportregion in Europa zurückkehren. Zuletzt waren Vancouver (2010), Sotchi (2014) und Pyeongchang in Südkorea (2018) Gastgeber gewesen, 2022 wird es Peking sein.

Italiens Vize-Premier und Innenminister Matteo Salvini sprach von einem „historischen Tag und Sieg für alle Italiener“. Mailand war mit Cortina d'Ampezzo angetreten, wo 1956 bereits die Winterspiele ausgetragen wurden.

Ausschlaggebend für den IOC-Zuschlag dürfte unter anderem die 83-prozentige Zustimmung der Italiener gewesen sein. Die Schweden waren bis zuletzt gespalten in der Frage, ob sie Olympia veranstalten sollten. Bei einer IOC-Umfrage waren nur 55 Prozent dafür gewesen. **Seite 24**

Mythen des Hitze-Sommers



Frankfurt. Wenn die Temperaturen in die Höhe schießen, dass sie vielen unerträglich werden, kommen die Fragen nach der besten Kühltechnik von ganz allein. Temperaturen von 35 Grad werden heute erwartet, und damit ist in dieser Woche noch nicht der Höchststand erreicht. Was also tun? Soll man bei Hitze alle Fenster und Türen schließen und nasse Tücher aufhängen? Mancher Ratschlag, der Hitze zu begegnen, stützt sich auf Überlieferungen, die von Generation zu Generation weitergereicht worden sind. Aber nicht alle treffen auch wirklich zu. Auch die Siebenschläferregel ist nicht in Stein gemeißelt. Wir haben einige Mythen näher betrachtet und dazu einige Experten befragt. Das Ergebnis steht auf **Seite 28**

Zwei Eurofighter abgestürzt

Unglück Maschinen stoßen bei Luftkampfübungen zusammen

Katastrophe über Mecklenburg-Vorpommern: Zwei Kampfflugzeuge der Luftwaffe kollidieren in der Luft und stürzen ab. Die Piloten versuchen, sich mit dem Schleudersitz zu retten. Nur einer von ihnen überlebt das Unglück.

Nossentiner Hütte. Beim Absturz von zwei Eurofightern der Luftwaffe in Mecklenburg-Vorpommern ist einer der beiden Piloten ums Leben gekommen. Der zweite überlebte das Unglück am Montag und wurde verletzt in die Uniklinik Rostock gebracht. Die Maschinen stießen bei Luftkampfübungen zusammen und stürzten ab. Es war das schwerste Unglück der Bundeswehr in Deutschland seit Jahren. Die Piloten konnten die Schleudersitze betätigen, wie die Luftwaffe mitteilte. Einen von ihnen entdeckten Rettungskräfte rasch in einer Baumkrone und bargen ihn. Vom zweiten fehlte zunächst jede Spur, später wurden in der Nähe des Absturzortes Leichenteile entdeckt. Über verletzte zivile Personen war der Polizei zunächst nichts bekannt.

Die Eurofighter seien nicht bewaffnet gewesen, teilte die Luftwaffe auf Twitter mit. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen flog in das Un-

glücksgebiet an der Mecklenburgischen Seenplatte, die eine beliebte Urlaubsregion ist. Sie wollte dort den Inspekteur der Luftwaffe, Ingo Gerhartz, und Landesinnenminister Lorenz Caffier (CDU) treffen. Regierungssprecher Steffen Seibert twitterte: „Schreckliche Nachricht vom Flugunfall in Mecklenburg-Vorpommern. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen und Freunden des Verunglückten.“ Auch Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) zeigte sich tief bestürzt.



Ein brennender Eurofighter über Malchow an der Mecklenburgischen Seenplatte. *Foto: dpa*

Das Unglück wurde laut Luftwaffe vom Piloten eines dritten Kampfflotts beobachtet. Diese habe von zwei Fallschirmen berichtet, die zu Boden gegangen seien. Die abgestürzten Flugzeuge gehörten zum Luftwaffengeschwader 73 „Steinhoff“, das in Lage bei Rostock stationiert ist. Seine Hauptaufgabe ist die Ausbildung der deutschen Eurofighter-Piloten.

Ein Flugzeug stürzte am Ortsrand von Nossentiner Hütte auf eine freie Fläche, wie Bürgermeisterin Birgit Kurth sagte. „Ich bin von Bürgern angerufen worden, die am DREWitzer See waren und den Zusammenstoß der beiden Maschinen sahen“, berichtete sie. Dann sei sie rausgelaufen und habe einen Fallschirm runtergehen sehen. Später sei ein Hubschrauber in der Gegend gekreist, offenbar auf der Suche nach dem Piloten, der dann auch gefunden wurde.

Die Gemeinde mit ihren knapp 700 Einwohnern habe Glück im Unglück gehabt, sagte Kurth. Die Maschine sei gleich hinter dem Ort niedergegangen. Im Dorf seien Trümmerteile gesichtet worden. Der andere Eurofighter stürzte laut Innenministerium nahe der zehn Kilometer entfernten Ortschaft Jabel in ein Waldstück. *dpa*